

## **Kleine Anfrage**

**der Abgeordneten Dr. Hermann Otto Solms, Frank Schäffler, Carl-Ludwig Thiele, Dr. Volker Wissing, Jens Ackermann, Dr. Karl Addicks, Christian Ahrendt, Daniel Bahr (Münster), Uwe Barth, Rainer Brüderle, Ernst Burgbacher, Patrick Döring, Mechthild Dyckmans, Jörg van Essen, Otto Fricke, Horst Friedrich (Bayreuth), Dr. Edmund Peter Geisen, Miriam Gruß, Joachim Günther (Plauen), Dr. Christel Happach-Kasan, Heinz-Peter Haustein, Elke Hoff, Birgit Homburger, Dr. Werner Hoyer, Hellmut Königshaus, Dr. Heinrich L. Kolb, Gudrun Kopp, Jürgen Koppelin, Heinz Lanfermann, Sibylle Laurischk, Harald Leibrecht, Ina Lenke, Horst Meierhofer, Patrick Meinhardt, Jan Mücke, Burkhardt Müller-Sönksen, Dirk Niebel, Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Detlef Parr, Cornelia Pieper, Gisela Piltz, Jörg Rohde, Dr. Max Stadler, Dr. Rainer Stinner, Florian Toncar, Christoph Waitz, Dr. Claudia Winterstein, Hartfrid Wolff (Rems-Murr), Martin Zeil, Dr. Guido Westerwelle und der Fraktion der FDP**

### **Zinsschranke im Rahmen der Unternehmensteuerreform**

§ 8a des Körperschaftsteuergesetzes hat das Ziel, eine übermäßige Fremdfinanzierung bei Auslandssachverhalten zu verhindern. Diese Regel hat sich als wenig praxistauglich erwiesen und wird im Rahmen der Unternehmensteuerreform daher entfallen. Die bisherige Regelung zur Gesellschafterfremdfinanzierung soll durch eine so genannte Zinsschranke ersetzt werden.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Entsprechen die Regelungen zur Zinsschranke nach Auffassung der Bundesregierung den Grundsätzen der Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit?
2. Wie beurteilt die Bundesregierung die Regelungen zur Zinsschranke unter dem Gesichtspunkt der Steuervereinfachung?
3. Wie definiert die Bundesregierung den Begriff „Betrieb“ im Entwurf des § 4h des Einkommensteuergesetzes?
4. Wie definiert die Bundesregierung den Begriff „Zinsen“?
5. Sind Skonti, Boni oder steuerrechtlich bedingte Zinsen mit einbezogen?
6. Trifft es zu, dass die Bezugsgröße für den Zinsaufwand das EBIT ist?
7. Teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass die Ausklammerung von Abschreibungen und Aufwendungen für Entwicklung und Forschung aus dem maßgeblichen Gewinn im Hinblick auf den internationalen Wettbewerb wirtschaftspolitisch äußerst fragwürdig ist?

8. Welche Auswirkungen hat die bei der Ermittlung des Eigenkapitals vorgesehene Kürzung um Beteiligungsbuchwerte auf den Holdingstandort Deutschland?
9. Hat die Bundesregierung bei der Vorbereitung des Gesetzentwurfs ermittelt, wie viele Holdinggesellschaften trotz der Kürzung der Beteiligungsbuchwerte von der Escape-Klausel Gebrauch machen dürften?
10. Trifft es zu, dass ein aus Organträger und Organgesellschaften bestehender Organkreis faktisch zusätzliche Abschlüsse nach IFRS oder HGB zu erstellen hat, um die Escape-Klausel des neuen § 4h Abs. 2 des Einkommensteuergesetzes in Anspruch nehmen zu können?
11. Welche Gründe haben die Bundesregierung bewogen, die Zinsschranke nicht auf das EBITDA zu beziehen?
12. Wie beurteilt die Bundesregierung den Begriff des erweiterten Konzerns unter dem Gesichtspunkt der Rechtssicherheit?
13. Wie beurteilt die Bundesregierung in diesem Zusammenhang, dass die Konsolidierung innerhalb eines Konzerns nach HGB, IFRS bzw. US-GAAP zu unterschiedlichen Ergebnissen führen kann?
14. Teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass die Regelungen der Zinsschranke im Vergleich zur bisherigen Regelung zur Gesellschafterfremdfinanzierung für die Unternehmen erheblich verschärft werden sollen?
15. Teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass durch die Regelungen der Zinsschranke die Fremdfinanzierung von Unternehmen erheblich erschwert wird?
16. Welche Auswirkungen sieht die Bundesregierung in diesem Zusammenhang auf Unternehmen in der Gründungsphase oder in der Krise bzw. bei Sanierungsfällen, die in erheblichem Umfang auf Fremdfinanzierung angewiesen sind?
17. Welche Auswirkungen sieht die Bundesregierung durch die Zinsschranke auf Unternehmen im Bereich Private Equity?
18. Welche Auswirkungen sieht die Bundesregierung durch die Zinsschranke auf Projekte im Bereich PPP?
19. Hat die Bundesregierung Kenntnis darüber, wie hoch die durchschnittliche Eigenkapitalausstattung von Projektgesellschaften bei PPP-Projekten ist?
20. Ist der Bundesregierung bekannt, wie hoch jeweils der Zinsaufwand in den bundesweit 46 ganzheitlichen PPP-Projekten im Hochbau ist, bei denen der Vertragsschluss bereits erfolgt ist?
21. Ist die Bundesregierung der Auffassung, dass die bisher ausgeschriebenen A-Modell-Pilotprojekte auch nach Einführung der Zinsschranke realisiert werden?

Berlin, den 7. März 2007

**Dr. Guido Westerwelle und Fraktion**